

Warum im Lager?

Sakine Esen Yilmaz, die Generalsekretärin der türkischen Lehrgewerkschaft Eğitim Sen, ist aus Erdogans Türkei geflohen. Sie lebt in einem Erstaufnahmehotel in Essen

Es wird diesen Moment geben, an einem nicht sehr fröhlichen Tag mit einer sehr zierlichen Frau in einer nicht sehr fröhlichen Lage, in dem Sakine Esen Yilmaz dann doch lächeln muss. Dann nämlich, als wir mit ihr auf eine vielleicht drei Meter breite Fußgängerbrücke über die Ruhr treten – und ihr erklären, das sei nun der Bosphorus von Essen. Wenig später bleibt ihr, nach dem Üben einiger deutscher Wörter („Brücke“, „Fluss“), doch wieder das Lachen im Hals stecken. Nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal an diesem Tag.

Sakine Esen Yilmaz ist nicht freiwillig in Essen. Bis zum Frühsommer war sie Generalsekretärin der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen, einer der wenigen demokratisch verfassten Gewerkschaften in der Türkei. „Ich

habe mir nie vorstellen können, die Türkei zu verlassen“, erzählt sie an ihrem 30. Tag im Ruhrgebiet, „nicht als meine Heimat, und nicht als das Land, in dem ich politisch arbeite.“

Mehr als zehn Jahre hat die 39-jährige Kurdin Schüler_innen unterrichtet; zunächst in Adıyaman im Südosten, später in Izmir an der Westküste. Während der gesamten Zeit engagierte sie sich in der Lehrgewerkschaft, mit der die GEW seit Jahren eng kooperiert. Mit nur 37 Jahren wurde Yilmaz, die sich zuvor als Frauensekretärin vor allem für mehr Bildung für Mädchen eingesetzt hatte, zur Generalsekretärin gewählt. Wie entschlossen sie ihre Positionen vertritt, ist im Internet, etwa auf CNN Turk, festgehalten: Ob gegen Kinderarbeit oder für das Recht auf Bildung für syrische

Flüchtlinge, gegen die Islamisierung des Schulsystems oder für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht: Mit fester Stimme, überzeugend im Auftreten vertrat die kleine, resolute Frau die Interessen ihrer Kolleg_innen.

Es drohen 22 Jahre Haft

Unter Druck stand sie deswegen – wie viele Gewerkschafter_innen – immer. Bereits 2009 kam sie nach einer Durchsuchung zahlreicher Gewerkschaftsbüros zusammen mit 35 Kolleg_innen ins Gefängnis, nachdem sie das Recht auf muttersprachlichen Unterricht für die kurdische Bevölkerung gefordert hatten. Ein halbes Jahr wartete die damals 32-Jährige dort auf den Prozessbeginn. „Wir waren zu zwölf in einer Zelle für sechs Personen“, erinnert sie sich, „wir mussten reihum auf dem Boden schlafen und wurden psychisch gefoltert.“ Am Ende wurde sie entlassen, ohne dass die Anklage fallengelassen wurde.

Drei Jahre später kam sie mit 72 Gewerkschaftsmitgliedern in Haft, dieses Mal für zehn Monate und unter dem Vorwurf der Unterstützung terroristischer Organisationen. Als sie freikam, saßen 30 Gewerkschafter_innen aus neun Staaten der Europäischen Union in Ankara im Gerichtssaal – unter ihnen der damalige GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne und der GEW-Referent für Internationales, Manfred Brinkmann.

Es war nicht das einzige Mal, dass führende GEW-ler sich auf die Gerichtsbänke setzten. Brinkmann: „Wenn aus dem



© Copyright Dirk Hoppe / NETZHAUT

Auf einer Brücke über den Rhein: Ich habe mir nie vorstellen können, die Türkei zu verlassen. (Sakine Esen Yilmaz)

Einsatz für Unterricht in der Muttersprache Anklagen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung konstruiert werden, können wir nicht untätig zusehen.“ Auch zeitigte die Anwesenheit internationaler Beobachter bisher mitunter Wirkung: „Freisprüche gab es zwar selten“, erklärt Brinkmann, „aber immerhin kamen inhaftierte Gewerkschafter_innen manchmal auf freien Fuß, wenn wir

dort waren.“ Konkret bedeutet das, dass die Angeklagten das Gefängnis unter der Auflage verlassen dürfen, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden. Auch das Land verlassen dürfen sie nicht, solange der Prozess nicht offiziell abgeschlossen ist. Keine leichte Situation – und dennoch, sagt Sakine Esen Yilmaz, habe sie bis zum Schluss gehofft, dass bessere Zeiten kommen. Sie kamen nicht.

Im April erfuhr Yilmaz, dass eines der Urteile gegen sie nun rechtskräftig ist; drei Jahre und vier Monate hätte sie in Haft gemusst. Das war zu der Zeit, als im ganzen Land Hunderte Unterzeichner_innen der Petition „Akademiker für den Frieden“ angeklagt wurden, weil sie sich für ein Ende des Militäreinsatzes gegen die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei einsetzten.

Heinrich Rodenstein Fonds der GEW hilft geflüchteter Gewerkschafterin

Die Zahl der Flüchtlinge mit türkischer Staatsbürgerschaft ist deutlich gestiegen. Bis Ende September 2016 wurden 3.973 Asylanträge von Menschen aus der Türkei in Deutschland gezählt. Dies sind mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2015, als 1.767 türkische Staatsbürger_innen bei uns Asyl beantragten. Eine von ihnen ist Sakine Esen Yilmaz, bisherige Generalsekretärin der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen mit 120.000 Mitgliedern.

Verfolgt wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit

Im September dieses Jahres ist Sakine Yilmaz nach Deutschland geflohen, um einer drohenden Verhaftung in ihrem Land zu entgehen. Yilmaz wird wegen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit in der Türkei verfolgt und musste bereits zweimal für sechs und für zehn Monate ins Gefängnis. Sie ist mehrfach wegen Teilnahme an Protesten und angeblicher Unterstützung terroristischer Organisationen angeklagt und in einem Fall auch bereits verurteilt. In der Türkei drohen ihr über 20 Jahre Haft.

Niedrige Anerkennungsquote für Asylbewerber_innen aus der Türkei

Trotz der dramatischen Situation in der Türkei ist die Anerkennungsquote bei Asylanträgen deutlich gesunken. Nach Informationen des BAMF lag die Quote bei Flüchtlingen aus der Türkei im ersten Halbjahr 2016 bei 6,7 Prozent. Im Jahr zuvor hatte sie noch 14, 7 Prozent betragen. Die meisten türkischen Asylbewerber_innen kommen aus den Kurdenregionen im Südosten des Landes. Bei kurdischstämmigen Flüchtlingen aus der Türkei lag die Anerkennungsquote in den

ersten sechs Monaten 2016 sogar nur bei 5,2 Prozent.

Viele Lehrer_innen werden entlassen

Verantwortlich für den Anstieg der Asylanträge sind der nun bald einjährige Krieg gegen die Kurden im Südosten der Türkei und die dramatischen Entwicklungen nach dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016. Seitdem herrscht Ausnahmezustand in der Türkei. Zehntausende Staatsbedienstete sind Opfer von Säuberungsmaßnahmen und wurden festgenommen oder entlassen, darunter auch viele Lehrerinnen und Lehrer, die Mitglieder der Gewerkschaft Eğitim Sen sind.

Heinrich Rodenstein Fonds finanziert Anwalt für Sakine Esen Yilmaz

Sakine Esen Yilmaz wird in Deutschland von der GEW unterstützt. Mit Hilfe unseres Heinrich Rodenstein Fonds finanzieren wir die anwaltliche Unterstützung ihres Asylantrags. Eine erste Anhörung zu ihren Fluchtgründen hat bereits stattgefunden, die Entscheidung dazu steht noch aus. Nach anfänglicher Unterbringung in einem Asylbewerberheim in Essen hält sich die ehemalige Generalsekretärin unserer türkischen Partnergewerkschaft aktuell in Köln auf. Die GEW rechnet mit weiteren Gewerkschafter_innen aus der Türkei, die nach Deutschland flüchten werden und ruft zu Spenden auf:

Spendenkonto, Heinrich-Rodenstein-Fonds
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24
BIC: HELADEF3

„Was wir nach dem Putschversuch erleben, ist nur eine weitere Eskalationsstufe einer regelrechten Jagd auf kritische Köpfe“, sagt Yilmaz, „ich konnte nahezu sicher sein, dass ich für Jahre nicht mehr freikomme“. Insgesamt, zählt sie die gesammelten Anklagen zusammen, hätten ihr 22 Jahre Haft gedroht. Die Generalsekretärin einer Gewerkschaft mit mehr als 120 000 Mitgliedern tauchte erst unter, dann floh sie.

Seit Mitte Oktober lebt sie in einem Zweibettzimmer der Erst-

aufnahmeeinrichtung in Essen-Fischlaken – fernab städtischer Infrastruktur, auf dem Gelände eines ehemaligen Milchproduktionsbetriebs, auf dem rund 800 Asylsuchende in sogenannten „Modulen“ leben und das ohne Voranmeldung nicht betreten werden darf.

In Deutschland empfangen wurde sie von Süleyman Ateş, Lehrer in Köln und Mitglied des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten in der GEW (BAMA). Ateş stammt selbst aus der Türkei und musste

das Land nach einem Militärputsch im Jahre 1971 verlassen. Nach einigen Jahren, in denen er sich nicht traute, seine Heimat zu betreten, ist er heute – als GEW-Aktiver wie privat – wieder regelmäßiger Gast. Nach dem Putschversuch war auch er aber nicht dort. „Und ich bin nicht sicher, dass es nicht auch für mich gefährlich werden könnte.“

JEANETTE GODDAR
Magazin-Mitbestimmung /
Hans-Böckler-Stiftung

TÜRKEI 2

Schulverbot für kritische Lehrer_innen

Die Massenentlassung vermeintlicher Regimegegner_innen trifft auch Lehrer_innen. In den kurdischen Gebieten herrscht deshalb Bildungsnotstand

„Vor unseren Augen wurde ein neunjähriges Mädchen erschossen und wir sollten einfach wegschauen. Das geht doch nicht!“ Hikmet Korkmaz ist auch Wochen später noch empört, wenn er darüber spricht. Er ist Lehrer, doch aus mehreren Gründen kann er nicht mehr unterrichten. Ein Grund ist: seine Schule gibt es nicht mehr.

„Meine Schule“, erzählt Hikmet, „lag in der Altstadt von Diyarbakır, dort, wo monatelang kurdische Jugendliche gegen die Armee kämpften. Die Schule existiert nicht mehr. Sie wurde abgerissen und an ihrer Stelle eine Polizeistation errichtet.“

Hikmet Korkmaz kann aber auch nicht an einer anderen Schule unterrichten. Er gehört zu den 4.314 Lehrer_innen in Diyarbakır, die eine Woche vor dem Schulstart Ende September vom Bildungsministerium in Ankara auf einen Schlag suspendiert wurden. 4.314 Lehrer_in-

nen, das sind ein Viertel aller Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen in der Millionenmetropole Diyarbakır.

Die vom Dienst Suspendierten habe eins gemeinsam: Sie sind in der Lehrgewerkschaft Eğitim Sen organisiert. Und sie haben sich, wie Hikmet Korkmaz, der über den Tod seiner Schülerin erschüttert war, Ende Dezember 2015 an einem eintägigen Ausstand beteiligt, mit dem sie für Frieden in ihrer Stadt demonstrieren wollten.

Hikmet Korkmaz, Deniz Özgür, Selahattin Alp und Faisal Korkmaz sind aus diesen beiden Gründen entlassen worden. Sie sind im Vorstand der Lehrgewerkschaft und fürchten, dass sie wohl zu denjenigen gehören werden, die ihren Job nicht wieder zurückbekommen. Landesweit sind in der Türkei seit dem Putschversuch vom 15. Juli rund 50.000 Lehrer_innen suspendiert oder entlassen worden.

30.000 Pädagog_innen entlassen

Zunächst ging es dabei um Lehrkräfte, die in Privatschulen oder -unis der Gülen-Bewegung unterrichtet haben. Alle diese Einrichtungen wurden geschlossen, Lehrer_innen, Dozent_innen und Professor_innen auf die Straße gesetzt. Etliche wurden auch als Putsch-Unterstützer_innen festgenommen – oder weil sie gegen die Entlassung ihrer Kolleg_innen protestierten. Rund 30.000 Pädagog_innen verloren ihren Job.

Wer gegen die Massenentlassungen protestiert, wird verhaftet. Das stellt die Lehrgewerkschaft vor ein Dilemma

Im zweiten Schritt ging es dann gegen kritische Lehrkräfte insgesamt, vor allem solche, die in der linken Lehrgewerkschaft Eğitim Sen organisiert sind. Im September verkündete das Bildungsministerium die Suspendierung von 11.500 Leh-